

Juli 2009

Am 1. September 1994 legte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble während des sechsmonatigen deutschen Vorsitzes der EU im Bundestag im Namen seiner Partei das von ihm und Karl Lamers verfasste Dokument mit dem Titel "Überlegungen zur europäischen Politik" vor. Diese Initiative stellte einen Höhepunkt der politischen Debatte in Europa dar. Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Blockes und der deutschen Wiedervereinigung war der europäische Einigungsprozess auch angesichts der bevorstehenden Osterweiterung der Union, wie in dem Dokument formuliert, "an einen kritischen Punkt gelangt". Und weiter schrieben die Verfasser: "Wenn es nicht gelingt, in den nächsten zwei bis vier Jahren eine Lösung für die Ursachen dieser gefährlichen Entwicklung zu finden, dann wird die Union sich entgegen der im Maastrichter Vertrag beschworenen Zielsetzung eines immer engeren Zusammenwachsens unaufhaltsam zu einer lockeren, im Wesentlichen auf einige wirtschaftliche Aspekte beschränkten Formation mit verschiedenen Untergruppierungen entwickeln. Mit einer solchen 'gehobenen' Freihandelszone wären die existentiellen Probleme der europäischen Gesellschaften und ihre äußeren Herausforderungen nicht zu bewältigen." Die institutionellen und politischen Maßnahmen, die Schäuble und Lamers vorschlugen, um diesem Niedergang entgegenzuwirken, betrafen vor allem die institutionelle Weiterentwicklung der Union, deren Handlungsfähigkeit und demokratische Grundlage durch die Übernahme einer am Modell des föderalen Staates und am Subsidiaritätsprinzip ausgerichteten Struktur zu stärken wären; gleichzeitig wäre der Gedanke eines Europas der "mehreren Geschwindigkeiten ... trotz erheblicher rechtlicher und praktischer Schwierigkeiten" zu institutionalisieren, da die Union "andernfalls auf intergouvernementale Zusammenarbeit beschränkt bliebe und Tendenzen eines 'Europe à la carte' fördern könnte". Darüber hinaus wäre "der feste Kern von integrationsorientierten und kooperationswilligen Ländern, der sich bereits herausgebildet hat, weiter zu festigen". Dieser von Frankreich, Deutschland und den Benelux-Ländern gebildete Kern entfaltet seine Wirkung auch im Währungsbereich – was nach Auffassung der beiden Verfasser des Textes von ganz entscheidender Bedeutung ist, da die WWU ihrerseits der harte Kern der politischen Union sein müsste – und ist für sie das einzige Mittel, um die widerstreitenden Ziele der Vertiefung und der Erweiterung der EU miteinander zu vereinbaren.

Motor dieser Initiativen hätte in erster Linie Deutschland sein müssen, dem bereits im Hinblick auf die 1996 anberaumte Regierungskonferenz für die Reform der Verträge die Aufgabe zufiel, geeignete Vorschläge zu unterbreiten, und das insbesondere die Verständigung mit Frankreich hätte vorantreiben müssen. Vorrangig ging es darum, der Forderung nachzukommen, Europa mit einer Außen- und Verteidigungspolitik auszustatten, die die Sicherheit des Kontinents gewährleisten konnte, da die Fähigkeit, "sich selbst verteidigen zu können, ... Voraussetzung und innerster Kern jeglicher Souveränität von Staaten (ist) ... Weil aber das Wissen um die eigene Souveränität entscheidend das Verhältnis von Völkern zu sich selbst und zu anderen Völkern prägt, erweist sich die gemeinschaftliche Verteidigungsfähigkeit dieser europäischen Staatengemeinschaft darüber hinaus als unverzichtbarer Faktor zur Stabilisierung einer eigenen EU-Identität."

Fünfzehn Jahre später lässt sich im Lichte der in dem Positionspapier der CDU/CSU – damals wie heute Regierungspartei in Deutschland – aufgestellten Hypothesen ganz eindeutig feststellen, dass das Dokument sich als äußerst nützlich im Hinblick auf die Verwirklichung der WWU erwiesen hat, da es Zeugnis von dem Wunsch Deutschlands abgelegt hat, mit einer Gruppe von Vorreiterstaaten auf jeden Fall das Heft in die Hand zu nehmen, ohne selbst auf ein Gründungsland wie Italien zu warten, das nicht fähig schien, die Kriterien für die Übernahme des Euro zu erfüllen; und gerade dieser feste und konkrete Wunsch hat die Geburt der Einheitswährung möglich gemacht. Was die übrigen Elemente des Vorschlags von Schäuble und Lamers angeht, so ist nichts von dem Wirklichkeit geworden, was in dem Papier aufgezeigt wurde, und bestätigt sich somit die äußerst klare und weitsichtige Analyse, die diesem Vorschlag zugrunde lag. Tatsächlich befindet sich Europa heute genau in der Lage, die in dem Dokument für den Fall prognostiziert wurde, dass es sich als unfähig erweisen sollte, seine Position zu stärken und sich eine politische Identität zu geben: im Wesentlichen hat Europa sich nämlich mit einem langsamen Niedergang abgefunden, hat die ehrgeizigen Pläne der Vergangenheit ad acta gelegt und dümpelt in einem Zustand gefährlicher Ohnmacht und Schwäche vor sich hin. Einer der Hauptgründe, welche die tief greifende Veränderung des Wesens der Union bewirkt haben, ist – wie von Schäuble und Lamers vorhergesagt – gerade in der Erweiterung auf derzeit 27 Mitgliedstaaten zu sehen, die nicht mit einer wie auch immer gearteten politischen Vertiefung des Kerns der integrationsmäßig am weitesten fortgeschrittenen Länder einherging und somit das Projekt derjenigen mit Großbritannien an der Spitze

förderte, die darauf abzielten, die EU in eine "gehobene" Freihandelszone" umzuwandeln. Die Heterogenität des daraus resultierenden europäischen Gefüges hat die Mängel des europäischen Aufbaus deutlich gemacht, und zwar nicht so sehr, weil sie das normale (freilich viel schwerfälliger gewordene) Funktionieren seiner Institutionen, sondern vor allem, weil sie deren Stärkung und Weiterentwicklung verhindert hat (wie die Grenzen des Vertrags von Nizza, das Scheitern des Verfassungsvertrags und der äußerst holprige und noch immer nicht abgeschlossene Weg des Vertrags von Lissabon deutlich machen); schließlich hat sie zur Schaffung von Blöcken mit entgegen gesetzten Interessen geführt, die sich auf die geopolitische Lage der verschiedenen Länder gründen, und ebnet somit unter anderem den Weg für ein gefährliches Auseinanderdriften der Politik Frankreichs und Deutschland an zahlreichen Fronten.

In diesem Rahmen stellt sich bei jeder Krise notwendigerweise immer wieder das Problem eines Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, da diese Lösung unstrittig die einzige ist, mit der der Stillstand, der die Union lähmt, überwunden werden kann. Da jedoch der Gedanke aufgegeben worden ist, dass eine Übertragung von Souveränität von den Staaten auf Europa unverzichtbar ist, um den Einigungsprozess zu vertiefen, stützen sich die Vorschläge der nationalen Regierungen ausschließlich auf den Gedanken einer verstärkten (oder strukturierten) Zusammenarbeit, die ein komplexes, ineffizientes und vor allem absolut unangemessenes Instrument ist, um Europa mit den Mitteln auszustatten, die es benötigt, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen; Voraussetzung dafür, dass diese Art der Zusammenarbeit entstehen und dauerhaft bestehen kann, ist nämlich die mehr oder weniger ausdrückliche Zustimmung *aller* Mitgliedsländer, auch derjenigen, die überhaupt nicht teilnehmen wollen; auf diese Weise ist es unmöglich, die Kernprobleme der Außen- und Sicherheitspolitik ernsthaft anzugehen, die vielmehr einen föderalen Sprung wie auch die Vollendung der Wirtschaftsunion erfordern, ohne die die Europäer selbst angesichts einer derart dramatischen Krise wie der gegenwärtigen weiterhin untereinander gespalten sein werden. Folge davon ist – worauf Schäuble und Lamers warnend hingewiesen haben –, dass die europäische Gesellschaft nicht über die Instrumente verfügt, um "ihre existentiellen Probleme ... und äußeren Herausforderungen ... zu bewältigen".

Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament bestätigen weitgehend diese Diagnose. Die Entfremdung der Bürger gegenüber *diesem* Europa nimmt zu, und zwar in den euroskeptischen Ländern, weil es der Europäischen Union nicht gelingt, Vertrauen zu schaffen, und in den Ländern, die ein politisches Europa befürworten, weil die Union den Erwartungen nicht gerecht wird. Während aus Umfragen hervorgeht, dass die Mehrheit der Bürger in den Gründungsländern – und nicht nur dort – die Europäische Föderation nach wie vor befürwortet, zeigen die Daten der Wahlen, dass dieselben Bürger nicht verstehen, warum sie ein Parlament wählen sollen, das nicht die Interessen der Menschen in Europa vertritt, sondern sich statt dessen darauf beschränkt, innerhalb eines politischen Bezugsrahmens, der von den von den Bürgern als schwach und ohnmächtig empfundenen Nationalstaaten vorgegeben worden ist, Regeln aufzustellen. Das Europäische Parlament befasst sich mit sehr vielen technischen Fragen, kann jedoch nicht in die Wirtschafts- und Außenpolitik eingreifen und auch keine wie auch immer geartete Unionsregierung einsetzen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament bestätigen auch eine weitere, noch schlimmere Tatsache, nämlich den Preis, der für ein "Nicht-Europa" zu zahlen ist. Die Bürger leben in der Angst vor Veränderung, da ihre Länder nicht in der Lage sind, sie zu beschützen, ihre Interessen zu verteidigen und ein glaubwürdiges Projekt für ihre Zukunft zu entwerfen. Sie schrecken vor der Führungsrolle des Restes der Welt zurück, vor einer Einwanderung, von der sie befürchten, dass sie den Kampf zwischen den Armen auf ein gefährliches Terrain für diejenigen verlagern könnte, die sich bereits am Rande der Gesellschaft bewegen, und sie fürchten die Anfälligkeit eines Sozialmodells und eines Wohlstands, das bzw. der in dieser neuen Phase der globalen Prozesse in eine Krise geraten ist. Der Versuch, sich diesen zentralen Herausforderungen durch populistische Reden oder Antworten, wie man sie derzeit in zahlreichen europäischen Ländern hören kann, zu stellen, führt lediglich zu einem noch böseren Erwachen, das in der Tat sogar das Fortbestehen des demokratischen Modells zumindest in den schwächsten Ländern gefährden könnte. Das Festhalten am einzelstaatlichen Rahmen erlaubt es im Übrigen nicht, Lösungen zu finden, mit denen diese Herausforderungen bewältigt oder sogar in neue Chancen umgewandelt werden könnten.

Das von der CDU/CSU 1994 im Bundestag vorgelegte Projekt hat daher nichts von seiner Aktualität verloren. Allerdings ist es in einem Europa mit 27 Staaten, von denen die meisten euroskeptisch eingestellt sind, viel schwieriger geworden, das Konzept, in das dieses Projekt eingebettet war, zu verwirklichen, da die europäische Gesellschaft in zunehmendem Maße in den unangemessenen nationalen Politiken und den Unzulänglichkeiten der Europäischen Union gefangen ist. Von diesen Feststellungen können und dürfen sich jedoch diejenigen nicht aufhalten lassen, die den Niedergang unserer Gesellschaft und ihrer Werte verhindern wollen. Diese Feststellungen sind vielmehr ein Grund mehr, um die politischen Klassen und die Regierungen der Gründungsländer daran zu erinnern, dass sie sich dafür verantwortlich fühlen müssen, *möglichst bald* die Gründung jenes föderalen Kerns in die Wege zu leiten, den sie vor fünfzehn Jahren nicht wollten.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF, via Villa Glori, 8 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia
www.euraction.org